



+++ Stabilität und Zukunftsfähigkeit der EU +++ Meinungs- und Informationsfreiheit +++ Red Storm Charlie +++ vernetzte Wirtschaftsökonomie +++ leistungsfähige Verkehrswege +++



### Auf ein Wort

Liebe Mitglieder und Freunde des Billbrookkreises, liebe Leserinnen und Leser,

vor Kurzem erreichte den Billbrookkreis der Hilferuf einer Mitarbeiterin eines renommierten Hamburger Unternehmens, in dem sie seit vielen Jahren beschäftigt ist. Ihre Wohnung wurde wegen Eigenbedarfs gekündigt. Seit Monaten sucht sie eine neue Bleibe – unterstützt von ihrem Arbeitgeber. Trotz fester, langjähriger und gut bezahlter Beschäftigung findet sie keine Wohnung. Was sagt das über unsere Gesellschaft aus? Wie wollen wir Fachkräfte gewinnen, wenn wir vorhandene möglicherweise nicht einmal halten können?

Auch wenn die wirtschaftliche Lage angespannt ist und die Prognosen negativ ausfallen: Qualifizierte Fachkräfte werden weiterhin gebraucht. Die Wirtschaft wird wieder wachsen und florieren – das sollte unser gemeinsames Ziel sein. Jetzt ist die Zeit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Fachkräfte gesucht und gefunden werden können. Das darf nicht nach dem Gießkannenprinzip geschehen – nach dem Motto „irgendwer wird schon Fachkraft sein“. Entscheidend ist eine gezielte Strategie: In welchen Branchen werden langfristig Fachkräfte benötigt? Wo suchen wir – auch im Ausland? Und warum sollten sich Menschen für Deutschland entscheiden? Was bieten wir im Wettbewerb um Talente? Gezielte Suche und Auswahl sind kein Selbstläufer und erfordern Zeit. Hier wird ein strategisches Vorgehen, flankiert von passenden Maßnahmen für Fachkräfte, Wirtschaft und Gesellschaft, langfristig erfolgreicher sein. Eine zentrale Voraussetzung ist ausreichender und bezahlbarer Wohnraum – um Perspektiven zu schaffen, neue Fachkräfte zu gewinnen und Menschen wie „unsere“ wohnungssuchende Mitarbeiterin zu halten.

Beim Lesen des neuen billbrookers wünsche ich Ihnen viel Freude.

Herzlichst Ihr

Bernhard Jurasch



Ohne gemeinsame Stabilität kann Europa nicht zusammenstehen. Foto: Rayhanbp, KI-generiert / Adobe Stock

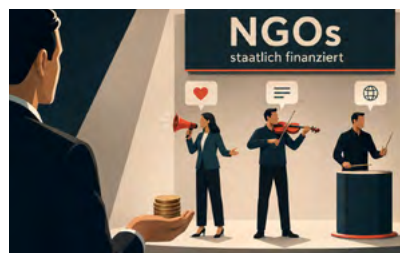
## Die EU-Kommission auf Abwegen

**Die Europäische Union steht vor grundlegenden Herausforderungen, die zunehmend Fragen nach ihrer Stabilität und Zukunftsfähigkeit aufwerfen. Zwischen wachsender Bürokratie, wirtschaftspolitischen Konflikten und geopolitischen Spannungen stellt sich die Frage, ob sich historische Muster wiederholen. Ein kritischer Blick auf Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Integration**

von Dr. Dietmar Buchholz, Rechtsanwalt und Diplom-Volkswirt.

Die Idee von Europa ist nicht der Zentralstaat Europa. Eine EU, die sich der Aufrüstung und der Kriegsbegeisterung – wie einst im deutschen Kaiserreich – verschrieben hat, bei dem die Nationalstaaten nur noch Randfiguren am Gängelband einer pseudo-intellektuellen europäischen Elite sind. *Fortsetzung auf Seite 2*

## NGOs – Können wir das „non“ nicht gleich weglassen?



Nonprofit-Organisationen: Oft fehlt Transparenz. Foto: KI-generiert, maraedition

**Wer die Kapelle zahlt, bestimmt die Musik. Das ist eine Binsenweisheit. Journalistische Erscheinungen zum Thema des**

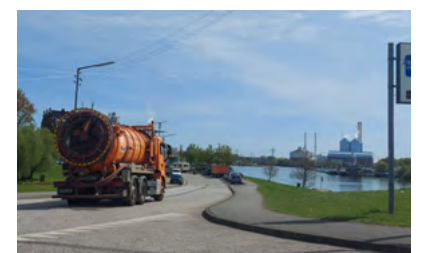
**vermeintlichen Demokratieschutzes in Deutschland gibt es derzeit zu genüge. Doch was passiert, wenn der Staat auf einmal selber mitmischt und das ganz ohne Transparenz bei den Etikettierungsvorschriften?**

Seit dem 1. Januar 2004 gilt in Deutschland die Kennzeichnungspflicht für Hühnereier. Diese schafft Transparenz und Vertrauen bei den Kunden, denn sie ermöglicht durch eine wahrheitsgemäße Kennzeichnung *Fortsetzung auf Seite 4*

## Leistungsfähige Verkehrswege für Billbrook sichern

**Besonders wichtig sind für Industriegebiete funktionierende Infrastrukturen, die eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind.**

Auch an einem Industriestandort wie Billbrook sind die ansässigen Unternehmen in hohem Maße auf verlässliche Straßenverbindungen angewiesen, da sowohl die Produktion, als auch die Logistik und der Handel funktionierende Verkehrswege benötigen, um Lieferketten einzuhalten und wettbewerbsfähig



Rothenburgsort: Baustellen zwingen Lkw über den Deich. Foto: Grell

zu bleiben. Umso besorgniserregender wird am Standort der aktuelle Zustand zentraler Verkehrsachsen in Hamburg gesehen. *Fortsetzung auf Seite 11*

### In dieser Ausgabe

Die EU-Kommission auf Abwegen ...1 + 2
NGOs – Können wir das „non“ nicht gleich weglassen? ..... 1 + 4
Leistungsfähige Verkehrswege für Billbrook sichern ..... 1 + 11
EU: Falsche Prioritäten? ..... 5

Von DSA bis EMFA: Schutz oder schleichende Zensur durch neue EU-Regeln? ..... 6
Ulrich Vosgerau, ein unbequemer Streiter für die Meinungs- und Informationsfreiheit ..... 7

Übung für den Ernstfall: Was „Red Storm Charlie“ mit uns zu tun hat ..... 8
Drohnen – die unterschätzte Gefahr aus der Luft ..... 10
Werttreiber für Immobilien und Prozesse in Billbrook ..... 12

90 Jahre Albert Darboven: Billbrookkreis gratuliert seinem Gründungsmitglied .. 13
Auf einen Blick ..... 13
42 Tonnen elektrisch: Pfaff treibt die Logistik-Wende voran ..... 14
Streiks treffen Unternehmen hart ..... 16

# Die EU-Kommission auf Abwegen

Fortsetzung von Seite 1

Europa ist aufgrund seiner historischen Erfahrungen nach dem Willen der Bürger eine Friedensunion, bei der die nationale Souveränität, wirtschaftliche und politische Stärkung der Nationalstaaten im Mittelpunkt stehen. Um Europa militärisch aufzurüsten und ihre Kompetenzen zum Nachteil der Nationalstaaten zu erweitern, unternimmt die Kommission unter Führung ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen einen zu missbilligenden Versuch, das im Rahmen der Außen- und Verteidigungspolitik der EU geltende Einstimmigkeitsprinzip zum Nachteil der Souveränität der Nationalstaaten abzuschaffen. Brüssel befindet sich offenkundig in einem Machttausch. Brüssel sollte bedenken: Große Imperien wie das Römische oder das Osmanische Reich, das britische Empire, das Deutsche Reich sowie die Habsburger Monarchie, sind nicht zuletzt an ihren inneren Widersprüchen wie der Unterdrückung der Minderheiten, politischen Krisen, Inflation, Kriegen und Kosten der riesigen Verwaltung und Aufblähung des Militärs gescheitert. Auch die EU ist vor einem Scheitern nicht geschützt.

## Die Vision Europas: Frieden, Wohlstand und Zusammenarbeit

Die Förderung von Frieden, europäischen Werten und Wohlstand für alle Bürger der EU durch Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes ist das Ziel der Europäischen Gemeinschaft. Dabei versteht sich die EU nicht nur als eine Wirtschaftsunion, sondern auch als Friedensunion. Der französische Schriftsteller und Politiker Victor Hugo sah in seiner Eröffnungsrede auf dem Pariser Friedenskongress 1849 die Gründung einer europäischen Staatengemeinschaft voraus. Er führte aus: „Es wird der Tag kommen, an dem Frankreich, Russland, Italien, England, Deutschland – alle Nationen des Konti-



Deutschland erstickt an extremer Bürokratie.  
Foto: Studio-Fl, KI-generiert / Adobe Stock

nents – sich eng zusammenschließen, ohne ihre Besonderheiten und ihren Stolz zu verlieren, um eine europäische Brüderlichkeit zu formen. Genau wie die Normandie, Bretagne, Burgund, Lothringen und das Elsass einst zu Frankreich wurden, werden sich die Länder Europas vereinen. Es wird eine Zeit geben, in der keine Schlachtfelder mehr existieren, außer denen des Handels und des freien Gedankenaustauschs. Kanonenkugeln und Bomben werden durch Abstimmungen, allgemeines Wahlrecht und die ehrwürdige Schiedsgerichtsbarkeit eines großen, souveränen Senats ersetzt – ein Senat, der für Europa das sein wird, was das Parlament für England, der Bundestag für Deutschland und das legislative Parlament für Frankreich sind.“

## Von der Idee zur Realität: Kritik an Macht und Bürokratie

Was haben die Eurokraten aus den Vorstellungen der Gründerväter gemacht. Der bürokratische Moloch der EU produziert täglich mit zigtausenden

hochbezahlten Bürokraten Richtlinien und Verordnungen, die den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten einschnüren und der Wirtschaft und den Bürgern die Luft zum Atmen nehmen. Der einzige Industriezweig, der in Europa unablässig boomt, ist die EU-Industriebürokratie. Die nationale Politik ist weder willens noch intellektuell in der Lage, dem Grenzen zu setzen. Das Geschwätz von unqualifizierten Politikern nach Entbürokratisierung kann angesichts der Realitäten nur als Farce bezeichnet werden.

## Aufrüstung statt Infrastruktur? Europas Prioritäten im Wandel

Die EU betreibt mit ihrem „Green Deal“ die Deindustrialisierung Deutschlands und die Politik schaut begeistert zu. Nachdem die EU-Präsidentin auf dem Atomgipfel in Paris am 10. März 2026 den Atomausstieg lapidar als „strategischen“ Fehler bezeichnete, schwadroniert sie nun von der Umstellung der Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft. Auf-

grund einer fabulierten russischen Bedrohung, die in der Bevölkerung Kriegsängste schürt, werden im Rahmen des „ReArm Europe“ bis zu 800 Milliarden Euro für Rüstung und Munition mobilisiert, statt die Milliarden in die von Zerfall bedrohte, technische und soziale Infrastruktur in Europa zu investieren.

Während Deutschland aufgrund der nationalen und europäischen Energiepolitik auf den wirtschaftlichen Kollaps zuläuft, mischen sich nationale Politik und die EU aktiv in den Ukrainekrieg ein und hofieren einen demokratisch nicht durch Wahlen legitimierten ukrainischen Präsidenten wie einst nach dem Motto „Europa wird in Afghanistan verteidigt“. Statt sich umgehend für Frieden einzusetzen und damit dem täglichen Sterben ein Ende zu bereiten, werden für die Fortsetzung des Krieges Kredite in Milliardenhöhe ausgegeben, dessen Rückzahlung mehr als ungewiss ist. Das einstige Friedensobjekt Europa wird so auf dem Altar der Eitelkeit sogenannter nicht gewählter Eliten böswillig zerstört. Hat sich jemals ein deutscher Politiker gefragt, wie es aus der Sicht eines russischen Bürgers ankommt, wenn sich Deutschland achtzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zum größten militärischen und finanziellen Helfer der Ukraine aufschwingt?

## Sanktionen und Rechtsstaatlichkeit: Ein umstrittenes Instrument

Übergriffig ist die Sanktionspolitik der EU, die sich nicht nur gegen Staaten richtet. Wegen angeblicher russischer Propaganda hat die EU – ohne jede rechtsstaatliche Anhörung des Betroffenen – Sanktionen gegen den Schweizer Bürger und Militärhistoriker Jacques Baud ein Reiseverbot verhängt, seine Konten gesperrt und sein Vermögen eingefroren und damit seine soziale und wirtschaftliche



Damit die  
PSA auch beim  
nächsten Einsatz  
schützt.



## PSA-Aufbereitung – ein Thema für uns

Nach dem Einsatz kommen wir zum Einsatz!

Die fachgerechte Aufbereitung der persönlichen Ausrüstungen schützt die Gesundheit von Mitarbeitenden und Kameraden beim nächsten Einsatz.

Dr. Weigert bietet die passenden Produkte für die sichere Aufbereitung.

Hygienekonzepte – Qualitätsprodukte – Beratung.

Wir sichern Zukunft!

Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG  
Mühlentzen 85 · D-20539 Hamburg

Telefon: (0)40/ 789 60 - 0  
Telefax: (0)40/ 789 60 - 120

e-mail: info@drweigert.de  
internet: www.drweigert.de

Symbol der Einheit unter Druck: Die Europäische Union ringt mit inneren Widersprüchen.  
Foto: KI-generiert / maraedition



Existenz massiv gefährdet. Dieses Schicksal könnte auch jeden deutschen Staatsbürger treffen, der sich kritisch gegenüber der vorherrschenden Meinung äußert. Mit dem Vorrang des europäischen Rechts kann sich der Bürger nicht auf das Grundgesetz berufen, der Rechtsweg vor ein deutsches Gericht ist ihm versperrt. In solchen Fällen bleibt ihm lediglich der Weg zum Europäischen Gerichtshof offen, wobei bis zu diesem Zeitpunkt die wirtschaftliche und soziale Existenz bereits zerstört sein kann.

**Politischer Druck auf Mitgliedstaaten: Einfluss oder Einmischung?**

Auch mischt sich die EU in Wahlen der Mitgliedstaaten ein, wie das Beispiel Ungarn zeigt. Den Wahlsieger in Ungarn hat die EU unpassend und überschwänglich gefeiert. Die übergreifende Außenpolitik, die nur noch Sanktionen kennt, wo längst Diplomatie gefordert ist, zerstört die europäische Friedensordnung. Unwilligen Mitgliedstaaten wird mit der Blockade von EU-Mitteln gedroht. Der „Green Deal“ erstickt unternehmerisches selbstverantwortliches Handeln der Wirtschaft und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Die EU untersagt künftig den Mitgliedstaaten den Bezug von russischem Gas und Öl und gefährdet damit langfristig die Industriestandorte. Die geostrategische Ahnungslosigkeit der Kommis-

sion treibt Europa in die einseitige Energie-Abhängigkeit von den USA. Das Verbot der Kreditaufnahme und die verbindliche Einhaltung der Fiskalregeln wird mit dem „Wiederaufbaufonds“ (Next Generation) umgangen und gegen die Finanzarchitektur, nach der die Mitgliedstaaten für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik selbst verantwortlich sind, verstoßen.

Auch die Vergabe eines 90-Milliarden-Kredits für die Ukraine, der über EU-Anleihen am Kapitalmarkt finanziert wird, stellt eine direkte Finanzierung des Haushaltes eines Nicht-EU-Staates dar, da eine Rückzahlungspflicht der Ukraine nur besteht, wenn Reparationen aus Russland fließen. Überdies bestehen gegen den Kredit verfassungsrechtliche und haushaltsrechtliche Bedenken, wie die No-Bailout-Klausel, da bei einem Ausfall eines Mitgliedstaates der deutsche Steuerzahler für den Ausfall aufkommen muss.

**Zwischen Einheit und Vielfalt: Europas grundlegender Konflikt**

Die Europäer wollen Europa, aber keine übergreifende EU, bei der Eliten den Bürgern vorgeben, was sie zu tun und zu reden haben.

Durch anlasslose „Chatkontrollen“ sollen Messenger-Dienste und Plattformen wie Whatsapp und Youtube verpflichtet werden, Nachrichten, Bilder und Videos automatisiert nach missbräuchlichen Inhalten zu untersuchen. Ein weiterer Eingriff: die Klarnamenpflicht. Zur vorgeblichen Vermeidung von Hass und Hetze sollen Nutzer von Onlineplattformen verpflichtet werden, statt Pseudonyme ihren Vor- und Nachnamen zu verwenden. Mit der Klarnamenpflicht wird die Meinungs- und Informationsfreiheit jedoch massiv beschränkt. Die Bürger wollen auch kein europäisches Vermögensregister, und dass Eurokraten ihr Vermögen wie Häuser, Autos, Aktienpakete, Sparguthaben und Yachten usw. erfassen. Sie wollen auch nicht den digitalen Euro und die Abschaffung des Bargeldes. Der Drang der Eurokraten nach totaler Normierung, Standardisierung und Erfassung führt zur Zerstörung kultureller und damit europäischer Vielfalt – einem Ort der Einfachheit. Aufgrund unterschiedlicher

kultureller und historischer Erfahrungen in den EU-Mitgliedstaaten, den unausgesprochenen Resentiments und Eigeninteressen unter den Mitgliedstaaten, kann sich kein einheitlicher europäischer Wille, keine „europäische Lösung“, herausbilden. Europa ist kein monolithischer Block und das ist gerade seine Stärke.

**Zurück zu den Wurzeln: Plädoyer für eine wirtschaftliche Kernunion**

Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine Friedensunion. Die Politik sollte dies beherzigen. Wenn Europa nicht scheitern soll, muss die EU zurück zu ihren Wurzeln. Hier können die Verträge von Rom mit massiv reduzierten Zuständigkeiten eine Richtschnur sein. Die Verträge von Rom 1957 schufen den gemeinsamen Markt, der auf dem freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital beruhte. Hierauf und nicht auf politische Macht sollte sich die EU fokussieren. Außen- und Verteidigungspolitik muss wieder ausschließlich Sache der Nationalstaaten sein. Einhergehen muss daher der radikale Abbau der europäischen Bürokratie und der europäischen Institutionen verbunden mit einer Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten zur Stärkung der nationalen Souveränität ganz im Sinne von Victor Hugo.

Als Branchenführer wollen Sie Ihre Umweltbelastung minimieren und gleichzeitig im europäischen Markt wettbewerbsfähig bleiben. Mit Indaver als Ihrem nachhaltigen Partner wird Abfall zur Chance. Durch die Bereitstellung hochwertiger recycelter Materialien, die die gleiche Leistung wie Primärrohstoffe bieten, sowie zuverlässiger zurückgewonnener Energie helfen wir Ihnen, Ihren Material- und Energieeinsatz zu optimieren und Kosten zu senken, damit Sie im europäischen Markt wettbewerbsfähig bleiben. **Sicher und zirkulär.**

**35 YEARS OF KNOW-HOW & INNOVATION**

**Contact us:**  
iws-services@indaver.com | +49 40 73351-141 | www.indaver.com

## Rethinking waste streams as resources. We know-how.

TOGETHER TOWARDS A CIRCULAR ECONOMY

# NGOs – Können wir das „non“ nicht gleich weglassen?

Fortsetzung von Seite 1



Während Herkunft und Haltung bei Eiern offenliegen, bleiben staatliche Finanzierungen politischer Organisationen häufig im Hintergrund.

Foto: KI-generiert, maraedition

eine selbstbestimmte Konsument-scheidung des Endverbrauchers für die jeweilige Haltungsform.

Wie würden Kunden reagieren, wenn hinter dem vermeintlichen Öko-Ei tatsächlich die Haltungsstufe „Bodenhaltung“ (9 Hennen pro Quadratmeter ist grausam) stecken würde? Zu Recht wären diese empört, denn das wollten sie sicherlich nicht unterstützen.

Beim Thema Lebensmittelkennzeichnung sind Verbraucher hierzulande besser geschützt als im politischen Machtkampf, der aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ stammt. In Deutschland werden großzügig Steuergelder in fehlbezeichnete „Nichtregierungsorganisationen“ – eine Bezeichnung, die nicht nur staatsferne, sondern gar staatskritische politische Bewegungen suggeriert – finanziert. Ganz ohne Kennzeichnungspflicht.

Ein Paradebeispiel hierfür ist der staatlich unterstützte „Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“. Die Omas tauchen bevorzugt dort auf, wo ein politisches Bild erzeugt werden soll – ganz nach dem Motto „Was hier passiert, ist so falsch, dass selbst die Gebrechlichsten der Gesellschaft sich verpflichtet sehen, noch einmal auf die Straße zu gehen“ – im Sinne eines moralischen Imperativs. Doch wer sich die Finanzierungsstrukturen nüchtern ansieht, erkennt schnell: Ganz so „von unten“ getragen ist dieses Bild nicht. Projekte, Kampagnen und organisatorische Infrastruktur werden in nicht unerheblichem Umfang aus öffentlichen Mitteln gespeist – etwa über Förderprogramme wie „Demokratie leben!“. Das ist rechtlich zulässig. Aber es ist eben etwas anderes, als der spontane Aufstand der Großmütter aus der Nachbarschaft, der hier nach außen hin inszeniert wird.

Ein zweites Beispiel ist die international bekannte Organisation Greenpeace. Ihr Markenbild lebt von radikaler Unabhängigkeit, von spektakulären Aktionen gegen „die da oben“ – Staaten, Konzerne, Machtstrukturen. Gleichzeitig operiert sie mit einem erheblichen Budget, das allein in Deutschland zuletzt bei über 80 Millionen Euro jährlich lag.

Und jetzt die entscheidende Frage: Hätten Sie gewusst, dass Greenpeace in Deutschland zwar rund 600.000 „Fördermitglieder“ zählt – die rechtlich aber nichts anderes sind als Spender

ohne Mitbestimmungsrechte –, während die eigentliche Vereinsstruktur aus nur rund 40 stimmberechtigten Mitgliedern besteht?

Mit anderen Worten: Eine Organisation mit Millionenbudget und erheblichem politischem Einfluss wird nicht von einer breiten Basis gesteuert, sondern von einem vergleichsweise kleinen Kreis. Die vielzitierte „Massenbewegung“ entpuppt sich bei genauerem Hinsehen eher als finanzstarkes, professionell organisiertes Kampagnennetzwerk. Das ist nicht verboten. Aber es ist etwas völlig anderes als das Bild, das öffentlich vermittelt wird.

Ein drittes Beispiel liefert das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, unter dessen Dach zahlreiche Initiativen und Vereine operieren, die sich selbst als unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure präsentieren. Auf den ersten Blick klingt das nach einem Lehrbuchfall demokratischer Bürgerbeteiligung. Auf den zweiten Blick beginnt das Bild zu verschwimmen. Denn selbst der Bundesrechnungshof hat bemängelt, dass es an klar definierten Zielen und nachvollziehbaren Erfolgskriterien fehlt. Anders gesagt: Es wird verteilt – aber kaum überprüft, ob das Verteilen auch den behaupteten Zweck erfüllt. Hinzu kommt eine Vergabepaxis, die zumindest Fragen aufwirft. Fördermittel scheinen nicht selten dorthin zu fließen, wo die politische Stoßrichtung bereits passt. Projekte, die sich in das gewünschte Narrativ einfügen, finden

leichter Zugang – andere Perspektiven hingegen tauchen erstaunlich selten auf. Wer hier von Zufall sprechen möchte, muss ein sehr großes Vertrauen in eben diesen Zufall haben. Auch bei der Mittelverwendung selbst drängt sich kein Bild besonderer Strenge auf. Immer wieder wird auf erhebliche Verwaltungskosten und eine nur begrenzte Kontrolle hingewiesen. Wenn ausgerechnet Programme zur „Stärkung der Demokratie“ mit einem eher großzügigen Umgang mit Steuergeldern arbeiten, wirkt das zumindest erklärungsbedürftig. Und schließlich steht im Raum, dass in einzelnen Fällen sogar Organisationen gefördert wurden, deren politische Einordnung alles andere als unproblematisch ist. Auch das mag vereinzelt vorkommen – oder eben ein strukturelles Problem sein, das sich nicht mit einem Schulterzucken erledigen lässt. Wir reden hier im Übrigen nicht über Kleinstbeträge, sondern über ein Fördervolumen von rund zweihundert Millionen Euro jährlich. Geld, das aus dem Staatshaushalt stammt und dessen Verwendung damit letztlich den Bürger betrifft – ob er will oder nicht.

Und noch eine Beobachtung, die sich kaum übersehen lässt: Ganz zufällig verfolgen viele dieser Organisationen nahezu ausschließlich politische Zielrichtungen, die sich im linken bis linksliberalen Spektrum verorten lassen. Das mag daran liegen, dass genau diese Projekte bevorzugt als „demokratiefördernd“ gelten. Es mag aber auch daran liegen, wer über die Förderfähigkeit entscheidet. In

jedem Fall entsteht ein Ungleichgewicht, das mit der vielbeschworenen „Mitte der Gesellschaft“ nur noch bedingt zu tun hat.

Damit soll nicht gesagt sein, dass diese Organisationen per se illegitim wären. Im Gegenteil: Zivilgesellschaftliches Engagement ist essenziell für eine funktionierende Demokratie. Problematisch wird es jedoch dort, wo die Herkunft der Mittel im öffentlichen Auftreten unsichtbar bleibt und ein Eindruck von Unabhängigkeit entsteht, der faktisch so nicht besteht.

Denn genau hier liegt der Unterschied zur Eierkennzeichnung: Während wir als Verbraucher bis ins Detail darüber informiert werden, unter welchen Bedingungen ein Ei produziert wurde, bleibt uns als Bürger oft verborgen, unter welchen finanziellen Bedingungen politische Meinungsbildung organisiert wird.

Die Konsequenz daraus kann nur eine sein: Der Gesetzgeber schuldet dem mündigen Bürger einer Demokratie eine klare Kennzeichnungspflicht. Wenn staatlich finanzierte Organisationen in den politischen Diskurs eingreifen, dann muss das transparent sein – sichtbar, verständlich und unmittelbar erkennbar. Nicht irgendwo im Kleingedruckten eines Förderberichts, sondern dort, wo die Botschaft transportiert wird. Vielleicht wäre es dann auch ehrlicher, die Begriffe anzupassen. NGOs – können wir das „non“ nicht gleich weglassen? vvb

**Café Intención**  
DER FAIRTRADE-PIONIER

**GEMEINSAM ZUKUNFT PFLANZEN**

**1 PACKUNG = 1 SCHATTENBAUM**

SELECCIÓN PERU 100% ARABICA  
WIRTSCHAFTLICHE MITTEL VON WIRTSCHAFTLICHEN  
RÖSTGRAD: 7/10

SELECCIÓN HONDURAS 100% ARABICA  
WIRTSCHAFTLICHE MITTEL VON WIRTSCHAFTLICHEN  
RÖSTGRAD: 4/10

FAIRTRADE DE-ÖKO-003 Nicht-EU-Landwirtschaft

# Falsche Prioritäten?

Die Diskussion über mögliche US-Zölle dominiert derzeit die wirtschaftspolitische Debatte in Europa. Dabei gerät ein strukturelles Problem in den Hintergrund, das für viele Unternehmen im Alltag deutlich schwerer wiegt: die unvollständige Integration des EU-Binnenmarktes.

Trotz jahrzehntelanger Harmonisierung sehen sich Unternehmen innerhalb der Europäischen Union weiterhin mit zahlreichen technischen, regulatorischen und administrativen Hürden konfrontiert. Diese internen Barrieren können – so argumentieren Ökonomen und Studien wie der Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union – das Wachstum stärker bremsen als externe Handelskonflikte.

## Fragmentierte Regulierung als Wachstumsbremse

Ein zentrales Problem liegt in der fortbestehenden Fragmentierung nationaler Vorschriften. Produkte müssen in einzelnen Mitgliedstaaten teilweise unterschiedliche Zulassungs- oder Zertifizierungsanforderungen erfüllen. Hinzu kommen abweichende Kennzeichnungspflichten, etwa im Bereich Verpackung und Recycling, die länderspezifische Anpassungen erforderlich machen.

Für Unternehmen bedeutet das zusätzlichen Aufwand in der Produktion und Logistik – insbesondere dann, wenn Produkte nicht ohne Weiteres EU-weit standardisiert vertrieben werden können.

## Bürokratische Hürden im operativen Geschäft

Auch im Dienstleistungsbereich bleibt der Binnenmarkt hinter seinem Anspruch zurück. Grenzüberschreitende Tätigkeiten sind häufig mit umfangreichen Meldepflichten verbunden. Unternehmen, die Mitarbeitende ins EU-Ausland



Im Labyrinth der technischen, regulatorischen und administrativen Hürden: EU-Barrieren bremsen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Foto: Sahil Graphic / Adobe Stock

entsenden, müssen unterschiedliche nationale Vorgaben beachten – von arbeitsrechtlichen Bestimmungen bis hin zu Dokumentationspflichten wie der „A1-Bescheinigung“.

Diese administrativen Anforderungen verursachen erhebliche Kosten und binden Ressourcen, die insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) oft fehlen.

## Steuerliche Komplexität

Zusätzlich erschwert die fehlende Harmonisierung im Steuerrecht die grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit. Unterschiedliche Steuersätze, Bemessungsgrundlagen und Ausnahme-

regelungen führen zu einem hohen administrativen Aufwand. Für Unternehmen bedeutet dies nicht nur höhere Kosten für Beratung und Compliance, sondern auch eine geringere Planbarkeit.

## Eingeschränkte Mobilität von Fachkräften

Ein weiterer Hemmschuh ist die weiterhin eingeschränkte Anerkennung von Berufsqualifikationen. Zwar existieren EU-Richtlinien, doch in der Praxis kommt es häufig zu Verzögerungen oder zusätzlichen Anforderungen auf nationaler Ebene. Dies erschwert den flexiblen Einsatz von Fachkräften und steht dem Ziel eines integrierten Arbeitsmarktes entgegen.

## Warum interne Barrieren besonders ins Gewicht fallen

Im Unterschied zu Zöllen sind viele dieser Hindernisse weniger sichtbar, aber strukturell tief verankert. Während Zölle in der Regel transparent und kalkulierbar sind, führen regulatorische Unterschiede zu komplexen und oft schwer vorhersehbaren Kosten.

Der Vergleich mit den USA verdeutlicht diesen Punkt: Dort können Unternehmen einen großen, weitgehend einheitlichen Markt mit vergleichsweise konsistenten Rahmenbedingungen bedienen. In der EU hingegen müssen sie ihre Geschäftsmodelle häufig an nationale Besonderheiten anpassen.

Schätzungen zufolge könnte ein vollständig integrierter Binnenmarkt die Wirtschaftsleistung der EU langfristig erheblich steigern – in Größenordnungen von mehreren hundert Milliarden Euro jährlich. Vor diesem Hintergrund erscheinen die ökonomischen Effekte einzelner Zollmaßnahmen vergleichsweise begrenzt.

## Auswirkungen auf Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Die bestehenden Hürden haben auch Konsequenzen für Investitionsentscheidungen. Ein komplexes regulatorisches Umfeld kann dazu führen, dass Unternehmen Kapital eher in Märkte mit einheitlicheren Rahmenbedingungen lenken – etwa in die USA oder nach Asien.

Langfristig besteht die Gefahr, dass dies die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas beeinträchtigt.

## Politische Grenzen der Integration

Die weitere Vertiefung des Binnenmarktes stößt jedoch auf politische Grenzen. In zentralen Bereichen wie Steuerpolitik oder Arbeitsrecht behalten die Mitgliedstaaten weitreichende Kompetenzen. Reformen erfordern häufig Einstimmigkeit – ein Umstand, der Fortschritte erschwert.

Damit bleibt der europäische Binnenmarkt in vielen Bereichen ein unvollendetes Projekt: wirtschaftlich bedeutend, aber strukturell fragmentiert.

**RAILPOOL**  
LOKSERVICE

## IHR ONE-STOP-SHOP FÜR REPROFILIERUNG IN HAMBURG BILLBROOK!

- Fahrzeuge bis 25m Länge, insbesondere moderne E-Lokomotiven
- Einstellarbeiten an Fahrzeug und Zugsicherungssystemen nach Reprofilierung direkt vor Ort

> Alle Arbeiten in einer Werkstatt - Zeit und Geld sparen!

Unsere Werkstätten in Hamburg Billbrook und Altenwerder bieten umfassenden technischen Service an Bahnfahrzeugen.

Zentrale Auftragsannahme :  
Mo-Fr von 6:00 bis 22:00 Uhr

+49 40 380 702 13 33  
rls-lokservice@RAILPOOL.eu

**MEHR**  
ERFAHREN



# Von DSA bis EMFA: Schutz oder schleichende Zensur durch neue EU-Regeln?

Besonders die Gesetze der letzten Jahre haben Instrumente geschaffen, die zwar Sicherheit und Ordnung fördern sollen, aber massiv in die Privatsphäre und Meinungsfreiheit eingreifen können. Um welche Gesetzespakete geht es eigentlich?

## Digital Services Act (DSA)

Seit Februar 2025 verpflichtet der Digital Services Act (DSA) Plattformen zur schnelleren Löschung rechtswidriger Inhalte. Hierbei stellt sich die Frage, was eigentlich rechtswidrig ist. Unklare Begriffe bergen das Risiko, dass auch rechtmäßige, aber kontroverse Inhalte gelöscht werden könnten.

Eine besondere Rolle spielen „Trusted Flagger“ (TF), zuverlässige Hinweisgeber. Dabei handelt es sich um zertifizierte Stellen, die Plattformen auf potenziell rechtswidrige Inhalte (z.B. Hassrede) hinweisen. In Deutschland erfolgt die Zertifizierung durch die Bundesnetzagentur. Plattformen sind verpflichtet, Hinweise dieser Stellen priorisiert zu prüfen. Staatliche Finanzierungen diverser TF, zum Beispiel „Hate-Aid“, und die Nähe von Mitarbeitenden zur Politik lassen jedoch Zweifel an der Unparteilichkeit aufkommen. Da Meldungen sofort gelöscht werden müssen, besteht die Gefahr des voreiligen Gehorsams ohne ausreichende Prüfung des Sachverhaltes. Einige TF sollen nicht nur strafbare Handlungen melden, sondern auch erlaubte Meinungsäußerungen. Dadurch besteht die Gefahr einer Selbstzensur. Diese unzulässigen



EMFA: Schutz der Medien oder Einfallstor für Einflussnahme?  
Foto: KI-generiert, maraedition

Meldungen können zu empfindlichen Strafen führen.

Das Risikomanagement der Plattformen, beispielsweise Youtube, könnte die politische Minderheitsmeinung beeinflussen. Das Kostenrisiko der Plattformen ist durch den DSA extrem hoch und kann bis zu 6 Prozent des Weltjahresumsatzes betragen. Bei Nichtbeachtung können tägliche Zwangsgelder bis zu 5 Prozent des Jahresumsatzes festgesetzt werden.

Eines der umstrittensten Vorhaben ist die Möglichkeit der Chatkontrolle. Be-

gründet wird diese Maßnahme mit der Verbreitung von Kinderpornographie.

Ist aber das Ende der Verschlüsselung überhaupt mit dem Grundrecht auf Integrität der Informationssysteme mit dem Grundgesetz vereinbar? Außerdem verletzt das anlasslose Scannen privater Nachrichten das Prinzip der Unschuldsvermutung und die Privatsphäre unbescholtener Bürger. Das Wissen um eine mögliche Überwachung führt unter Umständen dazu, dass Bürger sich aus Angst vor Missinterpretationen politisch nicht mehr äußern. Zudem könnte es Denunziation fördern.

## European Media Freedom Act (EMFA)

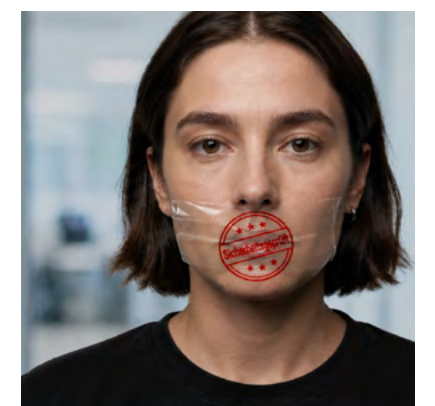
Der EMFA, der am 7. Mai 2024 in Kraft trat, ist eine EU-Verordnung zum Schutz von Medien und soll insbesondere Journalisten vor politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme schützen. Aus staatsrechtlicher und journalistischer Sicht gibt es jedoch erhebliche Kritik.

Welche spezifischen Gefahren drohen durch staatliche Einflussnahmen? Zwar verbietet EMFA grundsätzlich den Einsatz von Überwachungssoftware gegen Journalisten, enthält aber gefährliche Ausnahmetatbestände und Begriffe wie „überwiegendes öffentliches Interesse“ oder „nationale Sicherheit“. Kritiker warnen vor einer Legitimation durch die Hintertür.

Staatliche Akteure oder Regierungen könnten direkt in die inhaltliche Ausrichtung von Medien eingreifen. Durch gezielt eingesetzte staatliche Mittel und Werbeaufträge können regierungsfreundliche Medien finanziell belohnt und umgekehrt kritische Medien benachteiligt werden. In Deutschland gilt, zumindest auf dem Papier, das Prinzip der absoluten Staatsferne des Rundfunks. Wenn nun ein EU-Gremium unter

Einfluss der Kommission Richtlinien für Medienmärkte vorgibt, widerspricht dies der deutschen Tradition einer unabhängigen staatsfernen Medienkontrolle. Somit besteht die Gefahr, dass die EU durch den EMFA ihre Kompetenz und ihren Einfluss auf Redaktionen schleichend ausweitet. Da die EU-Kommission ein politisches Exekutivorgan ist, entsteht eine gefährliche Nähe zwischen Politik und Medienaufsicht.

Kontrolliert sich der Staat selbst, da die Kontrolleure indirekt vom Staat ernannt werden und führt diese Kontrolle zur Aufhebung der Gewaltenteilung? Die Medien sehen sich auf jeden Fall als die „vierte Gewalt“ im demokratischen System. Eine gefährliche Entwicklung.



Deutschland auf den Weg in die Zensur.  
Foto: KI-generiert, maraedition






Glasreinigung



Unterhaltsreinigung



Baureinigung



Schadstoffsanierung



Fassadenreinigung



 040 606 830

 info@bogdol.gmbh

 www.bogdol.gmbh

# Ulrich Vosgerau, ein unbequemer Streiter für die Meinungs- und Informationsfreiheit

Anlässlich des 126. Billbrookkreis-Treffens am 20. April 2026 im Hotel Böttcherhof referierte Dr. jur. habil Vosgerau zum Thema Übergriffigkeit des Staates und Eingriffe in die Meinungsfreiheit.



Der habilitierte Staatsrechtslehrer, Rechtsanwalt und Publizist Ulrich Vosgerau beleuchtete das Thema Meinungs- und Informationsfreiheit aus juristischer Sicht.  
Foto: Mirko Hannemann

Mit seinem eindrucksvollen und launigen Vortrag betonte Dr. Ulrich Vosgerau, dass er die Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr sehe und dass ohne Meinungs-

freiheit keine echte Demokratie möglich sei. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Informations- und Meinungsfreiheit

des Artikel 5 GG zeigte er den Mitgliedern und Gästen des Billbrookkreises die Reichweite und Grenzen der Informations- und Meinungsfreiheit auf. Durch die Meinungsfreiheit sei es erlaubt, den Staat, seine Organe oder die Regierung scharf zu kritisieren und auch abzulehnen. Man müsse den Staat nicht lieben. Auch überspitzte, polemische oder scharfe Äußerungen seien von der Meinungsfreiheit gedeckt. Nicht geschützt seien unwahre Tatsachenbehauptungen oder Schmähkritik, bei der es nur um die Diffamierung einer Person oder der Institution gehe. Kritisch setzte er sich mit jenen auseinander, die vorgeben, mit ihrem angeblichen Kampf gegen Hass und Hetze die Demokratie schützen zu wollen. Auch die vom Staat finanzierten Meldestellen beurteilte er kritisch, da

diese zur Denunziation unerwünschter politischer Meinungen und somit zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führten. Er kritisierte unter Hinweis auf ein Urteil des Landgerichts Berlin die zum Teil bewusste Falschinformation in den Medien. Das Landgericht Berlin hatte wesentliche Teile der Correctiv-

Recherche zum „Potsdamer Treffen“ als unzulässig, weil unwahr und irreführend, untersagt. Die Reportage löste bundesweite Proteste in der Politik und Öffentlichkeit aus. Im Anschluss an den Vortrag ging Dr. Vosgerau ausführlich auf kritische Fragen der Zuhörer ein.

## Kommentar:

Es ist leicht, Menschen in die „rechte Ecke“ zu stellen und sie zu diffamieren, gesellschaftlich zu isolieren und damit ihre soziale und wirtschaftliche Existenz zu ruinieren. Hingegen schwer, den beschädigten Ruf und das Ansehen der Person zu rehabilitieren. Wir appellieren an die privaten und öffentlichen Medien und Politik, in der medialen öffentlichen Auseinandersetzung mit anderen politischen Meinungen die Gebote der Wahrhaftigkeit und Fairness einzuhalten. Die Informations- und Meinungsfreiheit ist – wie das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung betont – für ein freiheitliches demokratisches Gemeinwesen schlechthin konstituierend. db



## RBS FIRMENGRUPPE

Unterer Landweg 25 | 22113 Hamburg | Telefon 040 / 732 88 88 | [www.rbsfirmengruppe.de](http://www.rbsfirmengruppe.de)

### Ihre sand- und kieselieferanten aus der region hamburg

Baustoffe für Erd- und Straßenbau  
Natürliche Rohstoffe für Garten- und Landschaftsbau  
Entsorgung von Böden, Bauschutt & Aufbruch aller Art  
Zertifizierte Entsorgungsbetriebe



HAMBURG | DIBBERSEN | DERSENOW | VELLAHN

# Übung für den Ernstfall: Was „Red Storm Charlie“ mit uns zu tun hat

Hamburg probt erneut die Gesamtverteidigung für Hamburg – und Unternehmen sind mittendrin.  
Ein Gastbeitrag von Helena Mager, Korvettenkapitän der Reserve, Landeskommmando Hamburg.

Im September wird in Hamburg wieder geübt: Unter dem Namen „Red Storm Charlie“ probt die Bundeswehr gemeinsam mit Feuerwehr, THW, Polizei, Hilfsorganisationen und zivilen Unternehmen die Verlegung von NATO-Truppen auch durch Hamburg Richtung Ostflanke. Rund 500 Soldatinnen und Soldaten, Fahrzeugkolonnen durch die Innenstadt, Hubschrauber in der Nacht – alles wird größer und komplexer als die beiden Vorgänger-Übungen. Schon „Red Storm Bravo“ im September 2025 hatte ein riesiges Medienecho ausgelöst – die Bevölkerung reagierte überwiegend positiv und interessiert. „Red Storm Charlie“ setzt dort an und geht bewusst einen Schritt weiter. Was hat das mit Billbrook zu tun? Mehr, als man auf den ersten Blick denkt.



Nach „Red Storm Bravo“ folgt „Red Storm Charlie“: Im September dieses Jahres übt Hamburg erneut für den Ernstfall.  
Foto: Bundeswehr

## Im Verteidigungsfall leistet die Bundeswehr keine Amtshilfe mehr

Die Antwort ist unbequem: Im Ernstfall sind die deutschen Soldatinnen und Soldaten mit Masse nicht in Hamburg. Sie sind im Baltikum, an der Ostflanke der NATO – und dort im Einsatz, gemeinsam mit den Verbündeten. Die Bundeswehr, die bis heute bei Hochwasser hilft, bei Waldbränden unterstützt und in der Pandemie eingesprungen ist, wird dann anderweitig gebunden sein. Lediglich Einheiten der Reserve stehen in Deutschland zur Verfügung.

Das bedeutet: Wer im Ernstfall auf militärische Hilfe in Deutschland wartet, wartet möglicherweise vergebens. Organisationen und private Unternehmen müssen dann zentrale logistische Aufgaben übernehmen: In der Versorgung von Truppen, in der Aufrechterhaltung kritischer Infrastruktur, in der Grundversorgung der Bevölkerung.

Resilienz ist also keine abstrakte Forderung an die Politik. Sie ist eine konkrete Anforderung an jeden Betrieb. Können Ihre Mitarbeitenden drei Tage ohne externe Versorgung arbeiten? Gibt es einen Notfallplan für den Ausfall von Strom, Internet oder Lieferketten? Wissen Sie, wen Sie anrufen, wenn normale Strukturen nicht mehr greifen? „Resilienz fängt bei jedem Einzelnen an“, sagt Leonards. „Jede und jeder sollte seinen Platz kennen und auch persönlich vorbereitet sein.“ Dazu gehört zum Beispiel auch, dass Unternehmen einen Überblick darüber haben, wen sie eigentlich beschäftigen.

## Die Lage verändert sich

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Europa verändert. Was lange als theoretisches Szenario galt, ist seit Februar 2022 bittere Realität: Krieg auf europäischem Boden. Die NATO hat darauf reagiert – mit mehr Präsenz an der Ostflanke, mit höheren Verteidigungsausgaben und mit neuen Operationsplänen. Deutschland als größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas trägt dabei besondere Verantwortung. Übungen wie „Red Storm Charlie“ sind die logische Konsequenz: Pläne, die nur auf dem Papier existieren, nützen im Ernstfall nichts. Sie müssen erprobt und geübt werden.

## Drehscheibe Deutschland – Hamburg im Zentrum

Das fiktive Szenario hinter „Red Storm Charlie“ ist nüchtern und realistisch: Politische Entwicklungen und erste Auseinandersetzungen an den Grenzen der baltischen Staaten machen eine vorbeugende Verlegung militärischer Kräfte an die NATO-Ostgrenze erforderlich. NATO-Truppenteile kommen im Hamburger Hafen an, werden dort in Empfang genommen und müssen über Straßen und Autobahnen in Richtung Osten auf den Weg gebracht werden – auch durch die Hamburger Innenstadt.

„Sollte Russland beabsichtigen, die NATO zu testen, wird Deutschland zur zentralen europäischen Drehscheibe für die Verlegung von Truppen und Material an die Ostflanke des Bündnisgebietes“, sagt Kapitän zur See Kurt Leonards, Kommandeur des Landeskommandos

Hamburg, der die Red-Storm-Übungsreihe verantwortet. „Auch Hamburg als Hafenstadt und Logistik-Hub kommt hier entscheidende Bedeutung zu.“

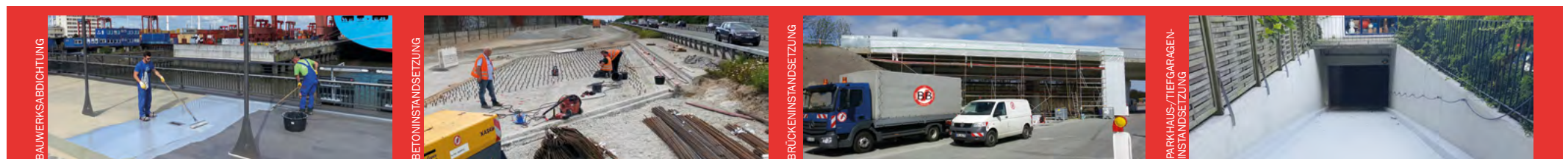
Der „Operationsplan Deutschland“ regelt, was im Ernstfall militärisch zu tun ist. Er ist jedoch auf zivile Strukturen angewiesen, auf funktionierende Häfen, verlässliche Lieferketten, stabile Infrastruktur. Und genau hier beginnt die Verantwortung jedes einzelnen Unternehmens.

## Gesamtverteidigung ist keine reine Bundeswehr-Aufgabe. Sie ist unsere.

Das ist vielleicht der wichtigste Satz, den es in dieser Debatte zu verstehen gilt: Verteidigung ist eine gesamtstaat-

liche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Leonards formuliert es direkt: „Verteidigung und Resilienz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht allein von der Bundeswehr geleistet werden können. Deswegen nehmen an ‚Red Storm Charlie‘ auch Blaulichtorganisationen, Hamburger Behörden und zivile Unternehmen teil.“

Zahlreiche Teilnehmende haben sich bereits als Übungsteilnehmer angemeldet: Airbus, Blohm & Voss, HHLA, Hamburg Port Authority, Flughafen Hamburg, Hamburger Hochbahn, Hadag, Lufthansa Technik, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Handelskammer Hamburg – neben Feuerwehr, THW, DRK, Polizei und weiteren. Aber was bedeutet das konkret, wenn es wirklich ernst wird?



## BiB Bauen im Bestand GmbH

Betoninstandsetzung | Abdichtung | Oberflächenschutzsysteme | Gussasphalt

**Bauwerke brauchen eine Zukunft...**  
Wir sanieren für Sie und sichern den Bestand.  
Gemeinsam finden wir die wirtschaftlichste Lösung.  
**Wir beraten Sie gerne.**

Fon (040) 485 09 79-0  
Fax (040) 485 09 79-61  
Halskestraße 60 – 62 | 22113 Hamburg  
[www.bib-hamburg.de](http://www.bib-hamburg.de)

### Wissen Sie eigentlich, wen Sie beschäftigen?

Es gibt eine Frage, die in Personalabteilungen kaum gestellt wird und die im Ernstfall sehr relevant werden kann: Wie viele Ihrer Mitarbeitenden bekleiden ein Ehrenamt oder sind Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr?

In Deutschland gibt es zehntausende beordnete und unbeordnete Reservistinnen und Reservisten. Sie arbeiten tagsüber in Vertrieb, Logistik, IT, Medizin oder HR und könnten im Spannungsfall einberufen werden. Hinzu kommen Hunderttausende in Freiwilliger Feuerwehr, THW, DRK, DLRG und anderen Organisationen. Im Ernstfall können sie plötzlich und kurzfristig weg sein. Und das ist kein informeller Vorgang: Arbeitssicherstellungsgesetze regeln, was im Verteidigungs- oder Spannungsfall mit Arbeitsverhältnissen passiert.

Wer das weiß und seine Mitarbeitenden aktiv unterstützt, handelt gesellschaftlich verantwortungsvoll und unternehmerisch klug.

### Was „Red Storm Charlie“ von seinen Vorgängern unterscheidet



Ernstfall-Szenarien mit Soldaten und Blaulichtorganisationen.  
Foto: Bundeswehr

„Red Storm Alpha“ 2024 war ein erster, noch vergleichsweise kleiner Schritt im Hamburger Hafen. „Red Storm Bravo“ 2025 weitete den Blick aus: 500 Soldatinnen und Soldaten, 300 zivile Helfende, eine 70-Fahrzeuge-Kolonne durch die Stadt, Partnerunternehmen wie Airbus und Blohm & Voss als aktive Teilnehmer.

„Red Storm Charlie“ 2026 geht bewusst einen entscheidenden Schritt weiter. Erstmals kommen Kolonnen aus anderen

Bundesländern nach Hamburg, denn die Übung denkt länderübergreifend. Der Kreis der aktiven zivilen Akteure wächst deutlich. Und der Fokus liegt nicht mehr nur auf dem Hafen, sondern auf dem gesamten Zusammenwirken: Gesundheitsversorgung, Mobilitätsinfrastruktur, Logistik, Notfallkommunikation.

Leonards fasst zusammen: „Red Storm Charlie“ baut auf den Erfahrungen der Vorgängerübung auf – und geht einen entscheidenden Schritt weiter. Ziel ist es, die zivil-militärische Handlungsfähigkeit unter realistischen Belastungen weiterzuentwickeln und die Resilienz im Verbund, aber auch bei jedem Einzelnen zu stärken.“

### Was können Unternehmen aus Billbrook jetzt tun?

Erstens: Informieren. Das Landeskommando Hamburg ist direkter Ansprechpartner für Fragen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit. Die Handelskammer Hamburg ist bereits aktiver Partner bei „Red Storm Charlie“ und vermittelt Wissen rund um Resilienz für Unternehmen, ebenso die Handwerkskammer Hamburg. Und wer sich einen ersten,

praktischen Überblick zur eigenen Notfallvorbereitung verschaffen möchte, findet beim Bundesamt für Bevölke-



Zahlreiche Fahrzeuge und Hubschrauber im Einsatz, vor allem nachts.  
Foto: Bundeswehr

rungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) konkrete Empfehlungen – nicht nur für Privatpersonen, sondern ausdrücklich auch für Unternehmen und Organisationen.

Zweitens: Intern prüfen. Gibt es Reservistinnen und Reservisten oder Ehrenamtliche im Betrieb? Ein wertschätzendes Gespräch kann hier viel bewegen und die eigene Personalplanung schärfen.

Drittens: Notfallplanung ernst nehmen. Nicht als bürokratische Pflicht, sondern als Grundvorsorge: Was passiert, wenn Strom, Internet oder Lieferketten für 72 Stunden ausfallen? Wer erinnert sich nicht an die Einschränkungen der Corona-Zeit?

Viertens: Das Netzwerk nutzen. Was einzelne Unternehmen allein nicht stemmen können, lässt sich gemeinsam angehen.

### Ein Ernstfall, den wir nicht wollen – und auf den wir uns trotzdem vorbereiten müssen

„Red Storm Charlie“ ist kein Alarmismus. Es ist eine Übung, die dazu da ist, einen Ernstfall zu verhindern, oder zumindest besser zu überstehen. Hamburg, seine Unternehmen, seine Menschen: Wir sind Teil dieser Drehscheibe. Nicht als Zuschauer, sondern als Akteure.

„Verteidigung und Resilienz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben“, sagt Leonards. Das ist keine Forderung an die Bundeswehr. Das ist eine Einladung an uns alle.



# IHR ZUVERLÄSSIGER WINTERDIENST



#### Unsere Leistungen

Wir sind Ihr Partner für Schnee- & Glättebeseitigung bei Flächen jeder Größe. Durch den Einsatz verschiedener Reinigungsarten und Streumittel, passen wir uns Ihren Gegebenheiten an.



#### Abrechnungsarten

Wählen Sie zwischen einer Abrechnung nach geleisteten Einsätzen oder einem Pauschalpreis, in welchem alle Leistungen enthalten sind.



#### Kostenfreies Angebot anfragen

Bei Großobjekten erstellen wir Ihnen gerne, nach einer gemeinsamen Objektbegehung, ein individuelles Angebot. Jetzt anfragen und einen sorgenfreien Winter sichern!

# Drohnen – die unterschätzte Gefahr aus der Luft

Immer wieder werden am Himmel Drohnen gesichtet, darunter an Flughäfen, die dann den Flugverkehr für mehrere Stunden lahmlegen. Hinzu kommen Aufklärungsdrohnen, die über großen Bauprojekten schweben und von dort beobachten. Die Behörden reagieren oft hilflos und stehen vor einem massiven Problem. Ursprünglich als Spielzeug konzipiert, werden Drohnen immer mehr zu hochflexiblen Plattformen für Angriffe.

Dank künstlicher Intelligenz und Navigationssystem operieren Drohnen ohne dauerhafte Fernsteuerung und sind somit, auch bei schlechten Witte-

rungsverhältnissen, resistenter gegen elektronische Abwehr. „Mutterschiffe“ als Transport für kleinere Drohnen und Drohnenschwärme erhöhen die Komplexität von Angriffen erheblich.

## Perfektes Versteck für Kriminelle

Für Kriminelle ist die Anonymität der Drohnen von großem Vorteil, da die Täter aus sicherer Distanz agieren können. Ursprünglich viel genutzt von Drogenkartellen und Terrororganisationen für Schmuggel, Spionage und Angriffe auf Infrastruktur, werden Drohnen mittlerweile auch für Attentate auf Politiker und Kriminelle eingesetzt. Die US-Be-

hörden sehen in ausländischen Drohnen eine neue und ernsthafte Bedrohung, besonders im Hinblick auf bevorstehende Großereignisse wie die diesjährige Fußball-Weltmeisterschaft.

## Welche Abwehrstrategien gibt es?

Leider gibt es keine universelle Methode der Abwehr. Die Erkennung und Identifizierung von Drohnen mittels Radar, Funkfrequenzen, Optik oder Akustik wird bei zunehmendem Flugverkehr immer schwieriger. Eine Neutralisierung durch Zerstörung birgt das Risiko von Trümmerteilen und elektronische Störsignale können den Mobilfunk beeinträchtigen.

Eine Abwehr durch Abfangdrohnen dürfte aufgrund begrenzter Kapazitäten nur in Einzelfällen möglich sein.

Es gibt auf der Welt unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung von Drohnen. Die USA haben aus Sicherheitsgründen ein Verbot für den Import und Verkauf ausländischer Drohnen erlassen. Außerdem soll somit die Weitergabe sensibler Daten an das Ausland unterbunden werden.

Die Chinesen verfolgen einen anderen Ansatz. Ab Mai 2024 wurde eine Klarnamen-Registrierung eingeführt und die permanente Übermittlung von Flugdaten an die Behörden. Somit sind der

Betreiber und die Position den Behörden ständig bekannt und eine Drohne nicht für anonyme Straftaten nutzbar.

## Lizenz zum Kauf

In Europa ist die Registrierung von Drohnen teilweise Pflicht. Es könnten noch strengere Regeln wie eine „Lizenz zum Kauf“, ähnlich einem Waffenschein, folgen. Jedoch bieten strengere Vorgaben keinen vollkommenen Schutz gegen böswillige und kriminelle Aktivitäten. Die technische Überlegenheit von Drohnen wächst derzeit somit schneller als die Fähigkeiten zu ihrer Abwehr, was eine signifikante Sicherheitslücke schafft. rm



Drohnen: einst begehrtes Sportgerät, heute reale Gefahr.  
Foto: ai\_katrin, KI-generiert / Adobe Stock

## DER SPEZIALIST FÜR DEN INNENAUSBAU

Jaeger Ausbau GmbH + Co KG Nord

Billbrookdeich 27 · 22113 Hamburg

Tel.: (040) 81 97 321-0

nord@jaeger-ausbau.de

[www.jaeger-ausbau.de](http://www.jaeger-ausbau.de)

Jaeger Ausbau  
Das Plus am Bau



## Nicht nur immer obenauf, sondern auch immer für Sie da

- Flachdach-Montagesysteme
- mehrlagige bituminöse Flachdachabdichtung
- Kunststoffbahnenabdichtung
- GLD Gefälle-Leichtdach
- dachintegrierte Photovoltaik-Systeme
- Flüssigkunststoff-Beschichtungssysteme
- Grundwasserabdichtung
- Tunnel-, Brücken-, Parkdeckabdichtung
- Metaldachkonstruktionen

**RUBEROID TEAM**  
AKTIENGESELLSCHAFT

RUBEROIDTEAM AG

Billbrookdeich 27, 22113 Hamburg

Telefon 040 73 71 56-0 Telefax -56

[info@ruberoid-team.de](mailto:info@ruberoid-team.de)

[www.ruberoid-team.de](http://www.ruberoid-team.de)

# Leistungsfähige Verkehrswege für Billbrook sichern

Fortsetzung von Seite 1

## Norderelbbrücke: Engpass mit wachsender Bedeutung

Die Norderelbbrücke im Verlauf der A1 gehört zu den wichtigsten Verkehrsadern Norddeutschlands. Sie verbindet Hamburg mit dem Umland und ist auch eine zentrale Achse für den gesamten Norden und Süden und zunehmend auch für den internationalen Verkehr.

Der bauliche Zustand der Brücke ist marode, es ist nur noch reduzierte Geschwindigkeit zugelassen. Daraus resultieren regelmäßig Staus, Verzögerungen und erhebliche wirtschaftliche Belastungen für die Unternehmen. Besonders problematisch: Der Ausweichverkehr verlagert sich vor allem nach Billbrook. Für den Standort bedeutet das eine erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastung und verstopfte Nebenstraßen.

## Blick nach vorn: Fehmarnbelt-Querung verstärkt den Druck

Mit der geplanten Fehmarnbelt-Querung entsteht eine neue zentrale Verbindung zwischen Skandinavien und Mitteleuropa. Der Verkehr auf der A1 wird dadurch deutlich zunehmen – und damit auch die Belastung für die Norderelbbrücke.

Schon heute ist absehbar: Ohne eine leistungsfähige und zukunftssichere Infrastruktur drohen massive Engpässe. Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine derart wichtige Verkehrsverbindung über Jahre hinweg nur eingeschränkt nutzbar ist, während gleichzeitig ein erheblicher Anstieg des Verkehrs zu erwarten ist.

## A20: Entlastung für Hamburg und die Region

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch der Bau der Bundesautobahn A20 weiter an Bedeutung. Sie ist als westliche Umfahrung Hamburgs geplant und könnte künftig einen erheblichen Teil des Transitverkehrs aufnehmen – insbesondere den Verkehr von und nach Skandinavien in Richtung Westdeutschland.

Für Hamburg würde dies eine spürbare Entlastung bedeuten. Weniger Durchgangsverkehr auf der A1 und im Stadtgebiet heißt auch: weniger Staus, geringere Emissionen, weniger Lärm und insgesamt eine bessere Umweltbilanz. Gerade in dicht besiedelten und stark belasteten Stadtteilen wäre dies ein klarer Gewinn an Lebensqualität.

Damit ist die A20 nicht nur ein wirtschaftlich sinnvolles Projekt, sondern auch aus ökologischer Perspektive ein

wichtiger Baustein. Es ist daher nur folgerichtig, dass sich auch politisch Verantwortliche mit umweltpolitischem Anspruch für eine solche Entlastungswirkung einsetzen.

Die Hamburger Politik sollte hier klar Farbe bekennen und sich auch im Bund für die A20 einsetzen.

## Klare Erwartungen an die Politik

Für die Unternehmen in Billbrook ist die Situation eindeutig: Sie brauchen eine leistungsfähige, verlässliche und zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur. Der derzeitige Zustand – geprägt von Engpässen, Verzögerungen und unzureichender Planung – wird den Anforderungen eines internationalen Wirtschaftsstandorts nicht gerecht.

Es ist Aufgabe des Staates, die grundlegenden Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln sicherzustellen. Dazu gehört in erster Linie eine funktionierende Infrastruktur. Wenn zentrale Verkehrsachsen über Jahre hinweg nur eingeschränkt nutzbar sind und notwendige Großprojekte nur schleppend vorankommen, stellt sich die Frage nach der Handlungsfähigkeit.

Die Unternehmen erwarten von der Politik klare Prioritäten, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine konsequente Umsetzung dringend notwendiger Infrastrukturprojekte.

Für Billbrook – und für den Wirtschaftsstandort Hamburg insgesamt – ist dies keine Option, sondern eine zwingende Voraussetzung für zukünftigen Erfolg. hmk

Die A1-Norderelbbrücke ist wegen des schlechten Zustands nur noch eingeschränkt befahrbar. Sie soll bis Ende des Jahrzehnts durch einen Neubau ersetzt werden.  
Foto: Wolfgang Weiser / pexels



## Hamburg-Mitte bremst Innovation aus: Wenn das „Tor zur Welt“ zur Sackgasse wird

**Eigentlich klingt es nach einer Erfolgsgeschichte für den Wirtschaftsstandort Hamburg: Ein innovatives Tech-Unternehmen, spezialisiert auf hochpräzise 3D-Lasertechnik für die Zahnmedizin, entscheidet sich bewusst für die Hansestadt als europäischen Knotenpunkt. Von hier aus sollten Produktion, Lagerung und Vertrieb den gesamten Kontinent erreichen. Die Wahl fiel auf Billbrook, das als industrielles Rückgrat Hamburgs gilt. Doch statt wirtschaftlichem Aufbruch folgte die bürokratische Ernüchterung.**

Obwohl Architekten, Ingenieure und Rechtsanwälte dem Betrieb einstimmig industriellen Charakter bescheinigen, blockiert das Bezirksamt Hamburg-Mitte die Nutzungsgenehmigung. Die Begründung der Bauprüfung macht fassungslos: Die Nutzung sei „nicht industriell genug“. Laut Experten sind die Folgen dieser Entscheidung fatal und senden ein verheerendes Signal an internationale Investoren. Trotz massiver Investitionen und bereits abgeschlossener Neueinstellungen zieht das Unternehmen nun die Konsequenz und kehrt Hamburg endgültig den Rücken. Besonders paradox: Obwohl die Nachfrage nach Industrieflächen in Hamburg faktisch zum Erliegen gekommen ist, blockiert der Bezirk Mitte den Einzug der wenigen übrigen ansiedlungswilligen Industrieunternehmen. Die Praxis in Billbrook gleicht einer Verhinderungspolitik, die im krassen Widerspruch zu den Zielen des Konzepts „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ steht. Hält diese Praxis an, verspielt Hamburg seinen Ruf als attraktiver Standort für zukunftsorientierte Entwicklung.

Billbrooker hoffen nun, dass der Bezirk seine Haltung anpasst und gemeinsam mit den Unternehmen nach Lösungen sucht, um Hamburg weiterhin als wertvollen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten.



**KALDOX**  
IMMOBILIEN



Kaldox blickt mit Zuversicht nach vorn. Gemeinsam mit den Behörden sollen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden, damit Billbrook seine Stärken voll entfalten und als attraktiver Wirtschaftsstandort nachhaltig wachsen kann. [www.kaldox.de](http://www.kaldox.de)

# Werttreiber für Immobilien und Prozesse in Billbrook



Christophe Hug, Geschäftsführer Tilia GmbH: berät Industrie zu Energie, Quartieren und Umsetzung.  
Foto: Tilia GmbH

**Industrie- und Gewerbegebiete: Gestern Erfolgsfaktor, heute Gestaltungsaufgabe.**  
**Am Standort Billbrook zeigt sich, wie aus klassischen Flächen ein vernetztes Wirtschaftsökosystem entstehen kann – mit Energie als Schlüssel zur Zukunft.**

Es gibt gute Gründe dafür, warum Industrie- und Gewerbegebiete entstanden sind. Gemeinsam fanden Unternehmen Flächen für ihre Produktion und die Logistik mit guten Entwicklungsperspektiven bei vergleichsweise geringen Investitionskosten. Leistungsfähige Verkehrsanbindungen und eine zuverlässige Infrastruktur mit Energie-, Wasser- und Kommunikationsnetzen machten diese Flächen attraktiv für die Ansiedlung dieser Betriebe. Doch wie sieht die Situation heute aus? Welche dieser Vorteile gelten noch – und welche Potenziale bleiben bislang ungenutzt? Für die Unternehmen in Billbrook ist eine neue Phase angebrochen, die Initiative, Partnerschaft, Investition, Mut und vor allem saubere und bezahlbare Energie erfordert.

## Vom Nebeneinander zum Wirtschaftsökosystem

Der Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort/Allermöhe ist mehr als die Summe seiner einzelnen Betriebe. Die Akteure des Standorts können sich gemeinsam zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftsökosystem entwickeln, in dem Kooperation, geteilte Infrastruktur und strategische Planung neue Spielräume eröffnen. Im Mittelpunkt stehen dabei eng miteinander verknüpfte Themen: Energieversorgung und Dekarbonisierung für Gewerbeimmobilien und geschäftsmodellspezifische Prozesse, Resilienz gegenüber Kosten- und Versorgungsrisiken und nachhaltige Mobilitätslösungen. Gerade hier liegen für den Standort erhebliche, bislang ungenutzte Potenziale.

## Energieversorgung: vom Risikofaktor zum Wettbewerbsvorteil

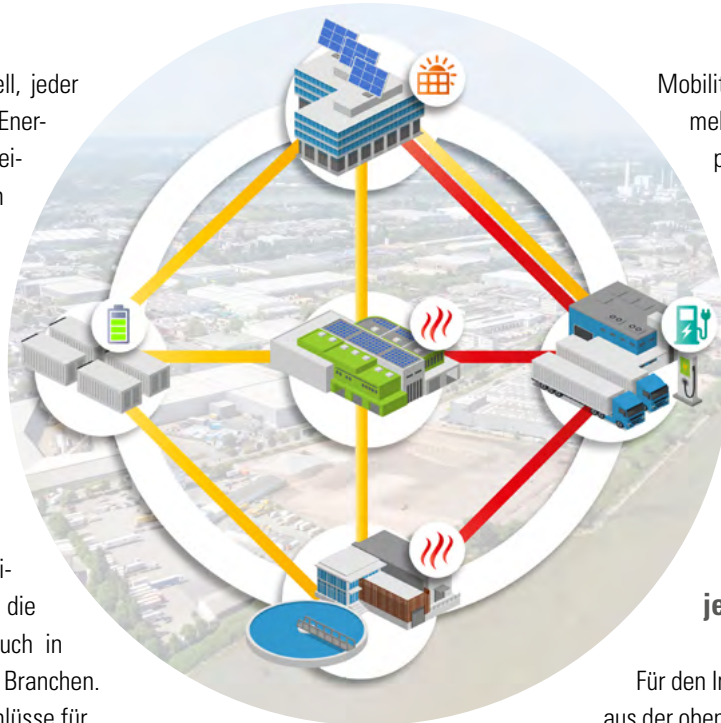
Zu oft entwickeln sich die Akteure in Gewerbegebieten energetisch „nebeneinander“. Jedes Unternehmen optimiert

seine Versorgung individuell, jeder Betrieb kocht sein eigenes Energiesüppchen – und alle bleiben abhängig von zentralen Netzen und schwankenden Energiemärkten.

Dieses Modell stößt zunehmend an seine Grenzen. Der Strombedarf wächst schneller als die Netzkapazitäten. Elektrifizierung, Automatisierung, E-Mobilität und neue digitale Anwendungen treiben die Nachfrage weiter an – auch in weniger energieintensiven Branchen. Gleichzeitig sind Netzanschlüsse für größere neue Lasten oft mit langen Realisierungszeiten verbunden. Die Folge: Energieverfügbarkeit wird zum entscheidenden Standort- und Werttreiber. Für Gewerbeimmobilien, Investitionsentscheidungen und Betriebsrisiken gleichermaßen.

## Potenziale gemeinschaftlicher Lösungen

Dabei bietet gerade die räumliche Nähe der Unternehmen im Areal Billbrook/Rothenburgsort/Allermöhe enorme Chancen. Cluster- und Netzwerkeffekte entstehen allerdings nicht automatisch – sie müssen aktiv gestaltet werden. Insbesondere bei der Energieversorgung lassen sich durch Kooperation erhebliche Mehrwerte erschließen: etwa gemeinsame Nutzung von Erzeugung, Speichern, Lastprofilen und Abwärme, Reduktion von Netzausbaukosten, höhere Versorgungssicherheit und langfristig planbare Energiekosten. Hierfür müssen moderne Energiesysteme mit dezentralen, flexiblen Netzwerken entwickelt werden, in denen Energie näher am Verbrauch erzeugt, gespeichert und intelligent gesteuert wird.



Nachhaltige Energielösungen sind zukunftsweisend.  
Grafik: Tilia GmbH

## Batteriespeicher, Photovoltaik und intelligente Steuerung

Eine Schlüsselrolle spielen dabei Batteriespeicher, insbesondere in Kombination mit Photovoltaikanlagen auf großen Dachflächen von Industrie- und Logistikgebäuden. Sie ermöglichen das Abfangen von Lastspitzen, eine höhere Eigennutzung erneuerbarer Energie, Entlastung der Netzinfrastruktur, deutlich mehr Resilienz bei Netzstörungen.

Verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen für Eigenverbrauch und Netzeinspeisung erhöhen zusätzlich die Wirtschaftlichkeit solcher Investitionen. Hinzu kommt, dass die Stadt Hamburg mit ihren ambitionierten Klimazielen der finanziellen Förderung zukunftsweiser Entwicklungsprojekte tendenziell offen und konstruktiv gegenübersteht.

## Mobilität als Teil der Energiefrage

Mobilität ist kein isoliertes Thema mehr: Ladeinfrastruktur, Fuhrpark-Elektrifizierung und betriebliche Mobilitätskonzepte greifen direkt in die Energieplanung ein. Wer Energie- und Mobilitätsstrategien zusammendenkt, schafft zusätzliche Flexibilität und senkt langfristige Kosten.

## Was Unternehmen jetzt tun können

Für den Industriestandort lassen sich aus der oben beschriebenen Ausgangslage zentrale Handlungsfelder ableiten:

- Früher Austausch zwischen Unternehmen: Wer plant was? Wo entstehen neue Lasten? Wo gibt es Überschüsse?
- Standortübergreifende Konzepte, statt isolierter Einzelprojekte.
- Belastbare Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalysen, die nicht für die Schublade, sondern für die Umsetzung erstellt werden.

– Verlässliche Umsetzungspartner, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – etwa durch Co-Investments oder erfolgsabhängige Vergütung.

Entscheidend ist dabei: Nicht auf langsamere behördliche oder netzseitige Prozesse warten, sondern selbst aktiv werden und Handlungsspielräume nutzen.

## Fazit: Zukunftsfähigkeit entsteht gemeinsam

Industrie- und Gewerbegebiete stehen vor einem Strukturwandel. Das gilt auch für die Akteure am Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort/Allermöhe. Energieverfügbarkeit und -sicherheit sowie nachhaltige Mobilität haben sich zu strategischen Standort-, Entscheidungs- und Wettbewerbsfaktoren entwickelt.

Der Billbrookkreis bietet als Netzwerk der Unternehmen eine hervorragende Grundlage, diese Themen gemeinsam anzugehen. Energie, Mobilität und Kooperation zusammendenken, wird den Standort nicht nur resilienter, sondern auch langfristig attraktiv und erfolgreich machen.



Sven Grönwoldt, Geschäftsführer KIRIA Advisory GmbH: Strategieberatung für CO2-arme Energie- und Standortkonzepte.  
Foto: Tilia GmbH

**ATLAS HAMBURG**  
Baumaschinen  
LKW-Ladkrane  
Fahrzeugbau  
Verkauf  
Vermietung  
Service  
ATLAS Hamburg GmbH • Fangdieckstraße 76 • 22547 Hamburg • Tel. 040/ 84 05 42-0 • info@atlas-hamburg.de • www.atlas-hamburg.de

**LKW-Waschstraße**  
**LKWash und Ihr LKW lacht wieder!**  
Liebigstraße 32, 22113 Hamburg, Telefon 7 32 89 57

# 90 Jahre Albert Darboven: Billbrookkreis gratuliert seinem Gründungsmitglied

Gleich zwei besondere Anlässe prägen dieses Jahr beim Hamburger Traditionsunternehmen J.J. Darboven: Am 21. März feierte die Kaffeerösterei ihr 160-jähriges Bestehen, am 15. April beging Inhaber Albert Darboven seinen 90. Geburtstag.



Unternehmer Albert Darboven feierte im April seinen 90. Geburtstag.  
Foto: J.J. Darboven

Mit hanseatischem Unternehmergeist und norddeutschem Humor hat Albert Darboven die deutsche Kaffeekultur über Jahrzehnte hinweg geprägt. Sein augenzwinkerndes Bonmot „Kaffee ist nur schädlich, wenn Ihnen ein ganzer Sack aus dem fünften Stock auf den Kopf fällt“ steht exemplarisch für seine Persönlichkeit. Bis heute widmet er sich mit großer Leidenschaft dem Familienunternehmen, das er in vierter Generation führt.

Auch im Billbrookkreis e. V. ist Albert Darboven eine prägende Persönlichkeit: Als Gründungsmitglied ist er dem Netzwerk seit vielen Jahren eng verbunden. Die Mitglieder schätzen insbesondere

sein unternehmerisches Engagement und seine Verbundenheit mit dem Standort.

Bernhard Jurasch, Erster Vorsitzender des Billbrookkreises, würdigt den Jubilar mit persönlichen Worten: „Ich habe Herrn Darboven über viele Jahre als echten hanseatischen Kaufmann kennengelernt – sein Wort und sein Handschlag gelten. Traditionell geprägt und zugleich stets auf der Höhe der Zeit, ist er hervorragend informiert. Besonders beeindruckt mich immer wieder, dass er sich in Gesprächen Zeit für jeden nimmt und seinem Gegenüber das Gefühl gibt: Das, was du sagst, nehme ich ernst.“

## 160 Jahre J.J. Darboven

Die Erfolgsgeschichte begann 1866 als Versandhandel für gerösteten Kaffee und Würfelzucker. Heute ist das Hamburger Familienunternehmen mit 15 Tochtergesellschaften in neun Ländern international tätig. Die Verbindung zum Hamburger Hafen prägt das Unternehmen bis heute. Mit Marken wie Idee Kaffee, Eilles und Café Intención steht J.J. Darboven für Qualität, Innovationskraft und hanseatische Kaufmannstradition. Unter Albert Darboven entwickelte sich das Unternehmen international weiter, ohne seine Wurzeln aus dem Blick zu verlieren. Auch die traditionsreiche



Aus einem kleinen Hamburger Kaffeegeschäft entwickelte sich J.J. Darboven zu einem internationalen Player. In den 1960er-Jahren übernahm Albert Darboven die Unternehmensführung.  
Foto: J.J. Darboven

Pferdezucht auf dem Gestüt Idee gehört zu seinem Lebenswerk.

Der Billbrookkreis gratuliert seinem Gründungsmitglied herzlich zum 90. Geburtstag und würdigt zugleich die beeindruckende Lebensleistung sowie die langjährige Treue zum Wirtschaftsstandort Billbrook. tk

## Was kommt?

Die geplanten Veranstaltungen des Billbrookkreises im Hotel Böttcherhof

### 127. Billbrookkreis-Treffen

Montag, 29. Juni 2026, von 12 bis 14 Uhr  
**Gastredner:** Ralf Neubauer, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte  
**Thema:** Neues aus dem Bezirksamt

### 128. Billbrookkreis-Treffen

Montag, 28. September 2026, von 12 bis 14 Uhr  
**Gastredner:** Christoph de Vries (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestags, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium  
**Thema:** Innere Sicherheit

### 129. Billbrookkreis-Treffen

Montag, 9. November 2026, von 12 bis 14 Uhr  
**Mitgliederversammlung und Neuwahl des Vorstands**

**Immer wieder anders:** Die Veranstaltungen des Billbrookkreises sind geprägt durch die Mitglieder und durch die Themen der Gastredner. Informativ, überraschend und amüsant.

Weitere Infos und Anmeldung:  
[www.billbrookkreis.de/veranstaltungen](http://www.billbrookkreis.de/veranstaltungen)

## Auf einen Blick

Der Billbrookkreis begrüßt zwei Unternehmen, die sich in den vergangenen Monaten als neue Mitglieder angeschlossen haben.

Dr. Antonia Goldner, BfU Dr. Poppe AG, [www.bfu-ag.de](http://www.bfu-ag.de)  
Panorama Hotel Hamburg-Billstedt, [www.panorama-hotels-hamburg.de](http://www.panorama-hotels-hamburg.de)



**der billbroker** – Ausgabe 1/2026, Auflage 5.000 Stück, Erscheinungsweise halbjährlich  
**Herausgeber** – Billbrookkreis e.V., c/o Hotel Böttcherhof, Wöhlerstraße 2, 22113 Hamburg, Vereinsregister Nr. 20046, [billbrookkreis.de](http://billbrookkreis.de)  
**Vertreten durch den Vorstand** – Bernhard Jurasch, Robert Meyer, Virginia von Burgsdorff  
**Kooptierter Vorstand** – Dr. Dietmar Buchholz, Harder Michael Kock  
**Redaktion v.i.S.d.P.** – Bernhard Jurasch, Robert Meyer, Virginia von Burgsdorff, [office@billbrookkreis.de](mailto:office@billbrookkreis.de)

**Chefredaktion** – Karen Grell (gr), [chefredaktion@billbrookkreis.de](mailto:chefredaktion@billbrookkreis.de)  
**Redaktionelle Mitarbeit** – Dr. Dietmar Buchholz (db), Bernhard Jurasch (bj), Tanja Königshagen (tk), Robert Meyer (rm), Virginia von Burgsdorff (vvb)  
**Art Direction** – Mara Saueracker  
**Herstellung und Anzeigen** – Tanja Königshagen Favorit-Media-Relations GmbH, [buero@fmr-im-norden.de](mailto:buero@fmr-im-norden.de)  
**Druck** – Lehmann Offsetdruck und Verlag GmbH  
©2026 Billbrookkreis e.V.  
Weiterveröffentlichung von Text und Bild nur nach schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

## Ihr Baustofffachhandel in der Nachbarschaft.

**Bredowstraße 9,**  
direkt bei Ihnen um die Ecke.

**Handschuhe weg? Werkzeug kaputt?  
Baumaterial fehlt?**

Kommen Sie kurz rüber oder nutzen Sie unseren Lieferservice. Schnell, unkompliziert, ohne großes Gerede.

Wir sind der strategische Partner für Profi-Handwerker, leidenschaftliche DIY-Spezialisten und moderne Bauherren.

- Arbeitskleidung & PSA
- Werkzeuge & Maschinen
- Baufachmarkt vor Ort
- Schnelle Lieferung, wenn's drauf ankommt
- Persönliche Fachberatung
- Monatliche Top-Angebote



*Einfach vorbeikommen. Wir sind da.*

**benthack**  
**BAUSTOFFE**  
AUS LEIDENSCHAFT UND TRADITION



**Henri Benthack Baustoffe**  
Bredowstraße 9  
22113 Hamburg  
Tel.: 040 / 73346-0

# 42 Tonnen elektrisch: Pfaff treibt die Logistik-Wende voran

Das Traditionsunternehmen Ernst Pfaff in der Liebigstraße in Billbrook hat vor ein paar Monaten einen der ersten voll-elektrischen Sattelzüge Hamburgs mit einer Nutzlast von 42 Tonnen in Betrieb genommen. Dieser E-Lkw gehört damit zu den Vorreitern in der Elektromobilität im Schwerlastbereich.

einer Stunde wieder fahrbereit sind, hat der neue E-Lkw im „Best Case“ sogar eine Reichweite von bis zu 550 Kilometern.

„Ein E-Lkw braucht zwar theoretisch pro Strecke etwas länger, gleicht aber Zeitverluste durch Ladevorgänge dadurch wieder aus, dass er an Steigungen

für die E-Mobilität vorangetrieben haben.

Das Unternehmen Ernst Pfaff als Experte für schwere und schwierige Transporte kann somit ab sofort bundesweit jetzt auch mit dem E-Lkw liefern – ein entscheidender und zukunftsweisender Schritt für das Familienunternehmen. Auch wenn die Anschaffungskosten bei etwa 300.000 Euro liegen, mache der Lkw sich bei den aktuell immer weiter steigenden Kosten für Diesel voraussichtlich schneller bezahlt als gedacht.

„Die Vorteile haben uns überzeugt“, so Enkel Jan-Eric Pfaff, der vor ein paar Jahren in den Betrieb seines Großvaters mit eingestiegen ist und jetzt das Familienunternehmen tatkräftig unterstützt. „Es macht mich besonders stolz, dass meine Enkel mit im Unternehmen sind“, so Ernst Pfaff, der noch immer jeden Tag in seinem Büro sitzt, nachdem er auch gern mal am Vormittag eine Runde Golf spielt.

Mit dem E-Lkw verspricht sich das Logistik-Unternehmen eine monatliche Einsparung von bis zu 8.000 Euro durch das Entfallen von Maut-Beträgen und geringeren Kosten für Strom. Noch ist der Sattelzug nur im Raum Schleswig-Holstein und bis Bielefeld oder Hannover unterwegs, doch Jan-Eric Pfaff hat

bereits die Routen für die bundesweiten Transporte berechnet: Bei einer Strecke zwischen Hamburg und München müsste der komplett geladene E-Lkw einen Zwischenstopp in der Nähe von Kassel einlegen, um dort etwa 60 Minuten zu laden. Die restliche Strecke könnte der Fahrer durchfahren und dann vor seiner Rückkehr über Nacht erneut nachladen.



Mit diesem E-Lkw gehört das Transportunternehmen Ernst Pfaff zu den Vorreitern in der Elektromobilität im Schwerlastbereich.  
Foto: Pfaff



Senior Ernst Pfaff und Enkel Jan-Eric Pfaff arbeiten gemeinsam in dem erfolgreichen Familienunternehmen.  
Foto: Grell

Mit dem „Mercedes-Benz E-Actros 600“ hat sich Pfaff einen echten Trucker-Traum erfüllt, der leise und emissionsfrei auch für den Fernverkehr geeignet ist. Mit einer schnellen Ladekapazität effizienter Batterien, die schon nach

ohne Schalten hochzieht, keine Geschwindigkeit verliert, spürbar schneller durch die Kasseler Berge kommt als ein Diesel und dazu noch bergab Energie zurückgewinnt“, so die Argumente des Unternehmens, die die Entscheidung

„Es macht mich besonders stolz, dass meine Enkel mit im Unternehmen sind.“

Ernst Pfaff,  
Gründer des gleichnamigen  
Transportunternehmens

Trotz der wachsenden Infrastruktur ist „die Anzahl an Ladestationen in Deutschland noch ausbaufähig“, so die Hoffnung des Unternehmens für die Zukunft, denn das Unternehmen hat große Pläne: „In den kommenden 10 Jahren wollen wir auf zehn E-Lkw aufstocken“, so Ernst und Jan-Eric Pfaff.

Und was sagen die Fahrer zu ihrem individuell gestalteten vollelektrischen

Giganten? „Der fährt sich einfach super und bringt auch eine ganze Menge PS mit“.

Und noch ein großes Engagement zeichnet das Unternehmen mit den vielen Familienmitgliedern aus: Jan-Eric Pfaff erklärt ehrenamtlich Hamburger Grundschülerinnen und -schülern den Abbiegeassistenten, um Unfällen mit Lkw vorzubeugen, die leider immer wieder in Hamburg passieren. „Es ist wichtig, dass schon die Kleinsten sich im Straßenverkehr gut auskennen und aufmerksam fahren“, so Pfaff Junior. Direkt vom Fahrerhäuschen aus zeigt er den Schulkindern, wo sich der gefährliche „Tote Winkel“ befindet. Ein tolles Engagement.

Mit dem ersten E-Lkw auf dem Hof des Unternehmens ist Ernst Pfaff einen zukunftsweisenden Schritt gegangen und will auch in den kommenden Jahren in Richtig E-Mobilität weitergehen. gr



## MAX WIEDE – Ihr regionaler Spezialist

Straßen- & Verkehrswegebau ▽ Straßen- & Flächenbeläge ▽ Flächenentwässerung und Kanalbau

Wir erbringen fast alle Gewerke in Eigenleistung, inklusive der optimalen Projektierung. Als Mittelständler mit flachen Hierarchien bieten wir Können wie die „Großen“ und Flexibilität wie die „Kleinen“.



MAX WIEDE GmbH  
Straßenbau Tiefbau Asphaltbau

Rungedamm 53, 21035 Hamburg  
040 / 251542 – 0  
info@max-wiede.de  
www.max-wiede.de

# HME Hamburger Müllentsorgung

## Ihr regionaler Recyclinghof

- Altholz
- Bauabfall

- E-Schrott
- Gartenabfall

- Sonderabfälle
- Sperrmüll

Andreas-Meyer-Str. 39, 22113 Hamburg | hme-hamburg.de

**Auch  
samstags  
geöffnet!**

**01 Hochwertige Lagerhalle mit repräsentativen Büroflächen,**  
Lager ca. 1.896 m<sup>2</sup>, Büro ca. 993 m<sup>2</sup>, ebenerd. Andienung, Höhe ca. 7,0 m UKB, Starkstrom, klimatisierte Büros, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m<sup>2</sup>: ab 6,50 € + NK + MwSt.

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

**02 Funktionales Abhollager, ca. 2.700 m<sup>2</sup>, drei sep. Einheiten, eine als Einzelhandelsfläche nutzbar, ebenerd. Rolltore je Einheit, Höhe bis ca. 5,50 m, Energieausw. liegt zur Besichtigung vor, Miete/m<sup>2</sup>: ab 7,90 € + NK + MwSt.**

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

**03 Praktische Light-Industrial-Fläche, ca. 1.916 m<sup>2</sup>, Lkw-Rampe, Höhe ca. 7,50 m UKB, beheizt, Sprinklerung vorhanden, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m<sup>2</sup>: ab 6,00 € + NK + MwSt.**

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

**04 Ehemaliger „Cash & Carry“-Markt, ca. 17.850 m<sup>2</sup>, Verkaufsfläche, Lager- und Hochregallager, 8 Laderampen, Notstromaggregat und Fettabscheider, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Kaufpreis: auf Anfrage**

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

**05 Zentraler Gewerbestandort, ca. 2.700 m<sup>2</sup> Grundstück, ca. 3.200 m<sup>2</sup> Werkstatt-, Büro- und Sozialfläche, Rampe, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Kaufpreis: auf Anfrage**

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

**06 Flexible Lagerflächen für Handel und E-Commerce, Einheiten von 500 – 1.000 m<sup>2</sup>, ebenerd. Andien., Höhe bis ca. 3,80 m UKB, Lastenaufzug, Energieausw. liegt zur Besichtigung vor, Miete/m<sup>2</sup>: ab 6,00 € + NK + MwSt.**

**ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL**  
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG  
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200  
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com  
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

## ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL

**Wo andere suchen, haben wir schon gefunden!**

Ob Neubau oder Bestandsimmobilie, Produktion, Logistik oder Büro:  
Wir begleiten Sie kompetent beim An- und Verkauf sowie bei Vermietungsthemen. Dank unserer fundierten Marktkenntnis in Hamburg und Umgebung und unserer langjährigen Erfahrung unterstützen wir Eigentümer, Projektentwickler und Unternehmen zuverlässig, effizient und mit einem starken Netzwerk an unserer Seite.

Hier Kontakt aufnehmen

Engel & Völkers Commercial Hamburg | 040 36 88 10 200 | HamburgIND@engelvoelkers.com | engelvoelkers.com/hamburgcommercial

# Streiks treffen Unternehmen hart

Die immer wiederkehrenden Streiks in Hamburg treffen auch die Unternehmen in Billbrook inzwischen deutlich.

In den vergangenen Monaten gab es Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst – etwa beim Veterinäramt, bei Behörden und im Verkehrsbereich – mit weitreichenden Folgen. Besonders gravierend war dabei die teilweise Sperrung des Elbtunnels, was in der ganzen Stadt zu erheblichem Verkehrsstau und zusätzlichen Belastungen für Betriebe führte.

Parallel zum Ausfall von Bus- und Bahnverbindungen im öffentlichen Nahverkehr stehen viele Mitarbeitende vor der Frage, wie sie in solchen Fällen zur Arbeit kommen. Für viele Unternehmen – vor allem kleinere – bedeutet das zusätzlichen organisatorischen Aufwand: Mitarbeitende müssen abgeholt oder auf andere Weise mobilisiert werden, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann – oder kurzerhand Urlaub nehmen.

## Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaft Verdi hat im Zuge der Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder substantielle Forderungen formuliert: Eine Lohnerhöhung um rund 7 Prozent bzw. mindestens 300 Euro pro Monat. Eine sportliche Forderung, die jedoch in der wirtschaftlichen Gesamtlage – mit einer schwachen Konjunktur und niedriger Inflation – umstritten ist. Für viele in der Privatwirtschaft erscheint es schwer nachvollziehbar, warum in einem bereits vergleichsweise sicheren und attraktiven Beschäftigungsbereich solch umfangreiche Forderungen erhoben werden.

## Belastung für die Wirtschaft – falsche Betroffene

Tarifautonomie und das Streikrecht sind zentrale Errungenschaften. Doch sie dürfen nicht als Freibrief für Maximalforderungen genutzt werden. Wer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit hohen prozentualen Steigerungen und zusätzlichen Leistungen in die Verhandlungen geht und gleichzeitig zentrale Infrastruktur wiederholt lahmlegt, handelt aus Sicht vieler Unternehmen verantwortungslos gegenüber dem Gesamtstandort.

Zusätzlich erreichen die aktuellen Streikwellen überproportional diejenigen, die nicht Verhandlungspartner sind: Mittelständische Unternehmen, Logistikbetriebe und produzierende Firmen, die ohnehin mit engen Margen, Energiekosten und globalem Wettbewerbsdruck kämpfen, werden zusätzlich belastet.



Anhaltende Streiks im öffentlichen Dienst führen immer wieder zu starken Beeinträchtigungen für Unternehmen und Mitarbeitende.  
Foto: KI-generiert, maraediton

Gerade Betriebe in Billbrook spüren dies deutlich: Verzögerte behördliche Freigaben, Verkehrsstörungen durch Elbtunnel-sperrungen und der Zusammenbruch des Nahverkehrs führen zu Produktivitätsverlusten, erhöhten Personalkosten und organisatorischem Mehraufwand.

Hamburg braucht deshalb eine starke, verlässliche Infrastruktur und funktionierende Verwaltung – nicht wiederholte Stillstände und Verkehrschaos. Die Frage, ob die augenblicklichen Forderungen der Gewerkschaften angesichts der

wirtschaftlichen Lage angemessen sind, ist berechtigt. Für viele Unternehmen in schwierigen Jahren stellen die Streiks eine zusätzliche Belastung dar, die über die eigentlichen Tarifkonflikte hinausgeht.

Der Billbrookkreis bekennt sich zur Tarifautonomie – erwartet aber zugleich Dialogbereitschaft, Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten, damit Hamburg als Wirtschaftsstandort stark und wettbewerbsfähig bleibt. hmk

## LANGE NACHT DER INDUSTRIE HAMBURG: Impulse 2026 – jetzt Weichen stellen für 2027



## LANGE NACHT DER INDUSTRIE

Die LANGE NACHT DER INDUSTRIE 2026 ist am 9. Juni über die Bühne gegangen – und hat erneut gezeigt, wie groß das Interesse an Einblicken in die industrielle Praxis ist. In zahlreichen Unternehmen der Metropolregion öffneten sich Werkstore, wurden Innovationen sichtbar und Gespräche zwischen Industrie, Nachwuchs und Öffentlichkeit angestoßen.

Auch wenn konkrete Zahlen und Auswertungen noch folgen: Schon jetzt wird deutlich, welche Strahlkraft dieses Format entfaltet. Für Unternehmen lohnt sich daher bereits heute der Blick nach vorn – auf die LANGE NACHT DER INDUSTRIE 2027.

### Industrie zeigt Gesicht – und Wirkung

Ob Stahl, Energie, Logistik oder Hightech: 2026 beteiligten sich namhafte Unternehmen wie ArcelorMittal Hamburg, Coca-Cola European Partners, Depenbrock, Reyher, die Hamburger Energiewerke, Holborn Europa Raffinerie, Trimet Aluminium oder die Stadtreinigung Hamburg. Sie stehen exemplarisch für die Vielfalt

und Leistungsfähigkeit der Industrie in der Region.

Die Veranstaltung wurde getragen vom Industrieverband Hamburg und der Handelskammer Hamburg, erneut unter der Schirmherrschaft von Wirtschafts-senatorin Dr. Melanie Leonhard.

Im Zentrum stand der direkte Dialog – mit jungen Talenten, mit der Öffentlichkeit und mit den Menschen, die Industrie oft nur aus der Distanz kennen.

### Warum sich ein Einstieg 2027 lohnt

Die Erfahrungen aus 2026 machen deutlich: Die LANGE NACHT DER INDUSTRIE

ist weit mehr als ein Event – sie ist ein strategisches Instrument für Sichtbarkeit, Recruiting und Image.

Unternehmen profitieren mehrfach:

- **Arbeitgebermarke** stärken durch authentische Einblicke
- **Fachkräfte gewinnen**, insbesondere junge Talente
- **Mitarbeitende motivieren** durch Identifikation und Stolz
- **Reichweite erzielen**, ohne eigenen Organisationsaufwand

Vom Shuttle-Service über Kommunikation bis zur Besuchersteuerung wird alles professionell organisiert – Unternehmen konzentrieren sich auf das, was zählt: ihr Kerngeschäft.

### Jetzt an 2027 denken

Die LANGE NACHT DER INDUSTRIE zeigt Jahr für Jahr, wie wichtig Transparenz, Dialog und Sichtbarkeit für die Zukunft der Branche sind. Wer diese Bühne nutzen möchte, sollte frühzeitig planen: Die Nachfrage nach Teilnehmerplätzen ist hoch – und die Wirkung nachhaltig.

Nutzen Sie die Dynamik aus 2026 und positionieren Sie Ihr Unternehmen 2027 – voraussichtlich im Juni – als Teil einer starken industriellen Gemeinschaft.

### Kontakt zum Veranstalter:

prima events gmbh:  
vertrieb@lange-nacht-der-industrie.de  
[www.langenachtderindustrie.de](http://www.langenachtderindustrie.de)

„Die LANGE NACHT DER INDUSTRIE ist für Hamburg ein starkes Signal: Sie öffnet Türen, schafft Transparenz und bringt Menschen mit industrieller Praxis zusammen. Für Unternehmen bietet sie die Chance, Innovationen zu zeigen, Fachkräfte zu gewinnen und Vertrauen aufzubauen. Besucherinnen und Besucher erhalten Einblicke in moderne Produktion, nachhaltige Technologien und Karrierewege. Dieser direkte Dialog stärkt das Verständnis für die Industrie als Motor für Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit der Region.“



Andreas Pfannenberg,  
Industrieverband Hamburg e.V.  
Foto: Dennis Williamson

Der Billbrookkreis e.V. ist Kooperationspartner der Veranstaltung.